



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Medien

Dortmund

05.12.05

Pressemitteilung

Interessen und Belange der Behinderten werden gestärkt!

Mit der Verabschiedung des Landesgleichstellungsgesetzes für Menschen mit Behinderung haben SPD und GRÜNE in der vergangenen Legislaturperiode ein Instrument geschaffen, das auf kommunaler Ebene einen bedeutenden Schritt nach vorne für die Interessenvertretung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung bedeutet. Die Ratsfraktionen der GRÜNEN und der SPD begrüßen, dass die Interessen der Behinderten in Dortmund zusätzlich gestärkt werden. Mit der nun in Dortmund vorgelegten Satzung für ein behindertenpolitisches Netzwerk und der Einsetzung eines kommunalen Behindertenbeauftragten wird das Anliegen des Landesgleichstellungsgesetzes im Dialog mit den Betroffenen umgesetzt. Die Satzung soll am morgigen Dienstag im Sozialausschuss beraten und in der Sitzung des Rates am 15. Dezember verabschiedet werden.

Dazu die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit, Daniela Schneckeburger (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN): „Mit der Gründung eines behindertenpolitischen Netzwerks und der Bestellung eines Behindertenbeauftragten institutionalisieren wir nun zum ersten Mal eine starke Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen, mit erweiterten Zuständigkeiten. Denn überall dort, wo städtische Planungen Auswirkungen auf die Gleichstellung behinderter Menschen haben können, zum Beispiel bei Bauvorhaben, sind diese Planungen zukünftig daraufhin zu überprüfen. Das bedeutet einen enormen Fortschritt in der Behindertenpolitik der Stadt.“

Im behindertenpolitischen Netzwerk werden neben 10 Mitgliedern der Behindertenverbände und des Aktionskreises „Der behinderte Mensch“ auch VertreterInnen der Fraktionen sowie des Ausländer- und Seniorenbeirats vertreten sein. Das Netzwerk wird mindestens vier Mal im Jahr tagen und zukünftig an allen Vorhaben und Maßnahmen beteiligt, die die Belange von behinderten Menschen berühren.



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Unterstützt wird das Netzwerk in seiner Arbeit von einem /einer hauptamtlichen Behindertenbeauftragten, die/ der für die Geschäftsführung des Netzwerks zuständig sein wird. Der/die Beauftragte wird unter Beteiligung des Netzwerks vom Oberbürgermeister bestellt und soll analog der Regelungen bei der Gleichstellungsbeauftragten das Recht erhalten, an öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen teilzunehmen und das Wort zu ergreifen.

Dazu Reinhold Giese, sozialpolitischer Sprecher der SPD: „Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe und Förderung, auf Akzeptanz und Integration. Wir haben deshalb im Dialog mit den Betroffenen deren Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen gestärkt. Denn mit dem Netzwerk und dem/ der Behindertenbeauftragten sorgen wir dafür, dass die Interessen behinderter Menschen nicht nur gehört werden, sondern bei allen Vorhaben der Stadt Berücksichtigung finden.“